



Datum: 2015-09-10

## **Haushaltsrede von Bürgermeister Frieder Gebhardt am 10. September 2015 in der Stadtverordnetenversammlung**

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Nahen Osten beherrschen Krieg, Grausamkeit und Unmenschlichkeit den Alltag unzähliger Menschen. Unvorstellbares Leid, Verzweiflung und Aussichtslosigkeit lassen Heerscharen von Menschen auf Wanderschaft gehen. Armut und Hunger sind längst bis an die Grenzen Europas gerückt. Europa sorgt sich um seine Zukunft, wobei die Krise in Griechenland und die gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Ukraine für einen Moment in den Hintergrund geraten.

Die Europäische Union und mittendrin die Bundesrepublik Deutschland stehen tatsächlich vor mächtigen, vor bislang beispiellosen Herausforderungen, die ganz real sind und uns vor Augen führen, wie sehr die Welt in Unordnung geraten ist, wie klein sie geworden ist. Wir erleben, wie schnell Humanität und Mitmenschlichkeit dem Grauen und dem Chaos weichen und wie schnell über Jahrzehnte aufgebautes Vertrauen dahinschwinden kann.

Wir alle sind gefordert, dafür einzustehen, die Werte des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zu schützen, die gemeinsame europäische Idee von Frieden und Freiheit zu bewahren und Humanität und Nächstenliebe zur Richtschnur unseres gemeinsamen und persönlichen Handelns zu machen. Es gibt keine wirklich gute Alternative zu unserem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Gesellschaftssystem: Ideologischer Verblendung, gewaltbareitem Nationalismus oder religiösem Hass müssen wir entschlossen entgegentreten.

Mit Blick auf den bevorstehenden 25. Jahrestag der Deutschen Einheit können wir stolz sein auf das Erreichte und daraus Selbstvertrauen für die Zukunft schöpfen. Dazu, meine Damen und Herren, müssen wir allerdings einig sein und bleiben. Ich bin sicher, wir werden die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen meistern. Wir sind gewiss in vielerlei Hinsicht gefordert, aber wir werden uns anstrengen und uns nicht überfordert zeigen. Dies gilt auch und insbesondere für die Aufnahme der Menschen, die zu uns kommen, um ihr nacktes Leben zu retten, die für sich und ihre Familien auf Frieden, Freiheit und Perspektiven hoffen.

Es berührt mich, wie sehr diese Menschen auf unsere solidarische Haltung bauen, welche Reputation unser Land sich erarbeitet hat und wie sehr sie unserem Staat und den Menschen hier vertrauen. Wir dürfen verfolgte Menschen in Not nicht enttäuschen. Und das werden wir nicht tun.

Seite 1 von 7

**Hausanschrift:**

Südliche Ringstraße 80  
63225 Langen (Hessen)

Telefon: 06103 203-125  
Telefax: 06103 203-49125  
E-Mail: [rsorger@langen.de](mailto:rsorger@langen.de)  
Internet: [www.langen.de](http://www.langen.de)

Ihr Gesprächspartner: Roland Sorger



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bei diesem Blick über unsere Stadt- und Landesgrenze hinaus müssen wir eigentlich demütig werden, unsere eigenen Sorgen betreffend. In einer Zeit der medialen Grenzenlosigkeit kann niemand von den Schrecken der Weltpolitik unberührt bleiben, kann niemand von den Flüchtlingsschicksalen unberührt bleiben und gerade wir als Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen müssen bedacht und vernünftig handeln und menschliche Haltung beweisen.

Wir haben in Langen viele Probleme zu lösen. Wenn ich durch unsere Stadt gehe, dann sehe ich aber auch Baukräne, sehe neue Wohn- und Geschäftshäuser entstehen und erlebe den Optimismus bei Betrieben und Unternehmen. Mehr noch, Langen boomt geradezu: Vor kurzem haben wir mit dem Verkauf der Stadtwerkeflächen an der Liebigstraße den Startschuss für das neue Quartierzentrum und damit für das neue Wohngebiet östlich der Bahn insgesamt gegeben. Mit der Bebauung schräg gegenüber dem Bahnhof werden Versorgungs- und Einzelhandelsgeschäfte, die uns bislang fehlten, nach Langen kommen und ein modernes Hotel, welches unsere Infrastruktur sinnvoll ergänzen wird.

Auf der Südseite der Elisabeth-Selbert-Allee wird ein Wohngebäude nach dem nächsten gebaut, und die nördlich davon gelegenen Flächen gehen demnächst in die Investorenausschreibung. Die Erschließung des Baugebietes Belzborn-Ost ist weitestgehend abgeschlossen und die Bautätigkeit dort kann beginnen. Die Erweiterung der Feuerwehr und die Verlagerung des Bau- und Wertstoffhofes, was ja Voraussetzung für die Entwicklung an der Liebigstraße ist, sind in der heißen Planungsphase. Das alles versorgende Blockheizkraftwerk nimmt inzwischen Formen an.

Die Entwicklung des Technologieparks an der Pittlerstraße ist gestartet, das erste Unternehmen hat sein Domizil dort bereits errichtet, weitere werden folgen. Weiter nördlich im Bereich Monza-Park Nord ist das nächste hochinteressante Gewerbeprojekt am Entstehen, der Multipark. Gehen Sie davon aus, dass wir auch hier bald den ersten Spatenstich erleben werden. Das Fachmarktzentrum an der Pittlerstraße ist gut gestartet und sein letzter Bauabschnitt wird gerade vollendet.

Und wir haben einen fundierten Aktionsplan zum Standort- und Citymarketing, der vor allem unserer Innenstadt zu frischen Ideen, zu neuem Schwung in der Bahnstraße und neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadt, Gewerbeverein und Einzelhandel verhelfen soll. Unsere Charme- und Ideenoffensive für die Lange(n) Meile wird sich für uns alle lohnen, da bin ich mir ganz sicher.

Haushaltsverbesserung durch Wachstum im Wohnen und im Gewerbe: Dies ist ein Teil meiner Leitgedanken zur Stadtentwicklung, die ja über das Haushaltssicherungskonzept 2015 der Stadtverordnetenversammlung Richtschnur für die Verwaltung geworden sind. Wir sind auf Kurs, der Markt stützt unsere Annahmen und Weichenstellungen, wir überzeugen und haben Erfolg. Dennoch bleibt die Erkenntnis, dass die Früchte dieses Wachstums langsam reifen und sie reifen womöglich langsamer als es den Vorstellungen und Vorgaben der Aufsichtsbehörde entspricht.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich damit zu den Rahmenbedingungen für die Aufstellung des Haushaltes 2016 und auch des Nachtrages für das laufende Jahr überleiten. Vor einem Jahr habe ich Sie an



dieser Stelle darüber informiert, dass die aufsichtsbehördlichen Vorgaben einen Haushaltsausgleich bis 2020 fordern. Inzwischen wissen wir, dass sich diese Auflage verschärft hat: Der Haushaltsausgleich soll nach den Vorstellungen des Hessischen Innenministers bereits 2019 erreicht sein. Zumindest soll von 2015 bis 2019 ein jährlicher, also kumulierender Konsolidierungsbetrag von 75 Euro pro Einwohner erreicht werden, was rein rechnerisch tatsächlich einen Ausgleich bis 2019 herbeiführen könnte. Die Betonung liegt dabei auf „könnte“: Denn wenn die Flüchtlingszuweisungen weiter so rasant steigen und die uns dafür entstehenden Kosten nicht wirklich zu 100 Prozent ausgeglichen werden, dann ist zu befürchten, dass ein Teil unserer Konsolidierungserfolge eben nicht dem Haushaltsausgleich dienen können, sondern zur Begleichung unerwarteter Rechnungen gebraucht werden.

Ich habe Sie bereits mit meinem Schreiben vom 7. Juli darüber informiert, dass die Vorgabe, einen Konsolidierungsbeitrag von 75 Euro pro Jahr und Einwohner zu erreichen, rechnerisch möglich ist. Möglich unter der Voraussetzung, dass das Haushaltssicherungskonzept in allen Punkten umgesetzt werden kann. Ich meine damit insbesondere die Verbesserung nach Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs, kurz KFA 2016, wie auch die erwarteten Einnahmesteigerungen bei der Gewerbesteuer ab 2017. Ich erwarte, dass es uns gelingt, die Begrenzung der Bereichsbudgets auf den Saldo 2015 durchzuhalten und ich habe die weitere Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B im Blick.

Der Landrat als Kommunalaufsichtsbehörde über die Stadt Langen geht davon aus, dass in den Jahren 2016 bis 2019 der Hebesatz Grundsteuer B jährlich um 50 Punkte angehoben wird. Er sieht die im Langener Haushaltssicherungskonzept dazu gemachten Ausführungen als verbindliche Festlegung an und pocht auf deren Einhaltung, in dem er die Steuererhöhung zur bindenden Auflage macht. Ich hatte Ihnen auch von dieser Haltung der Aufsichtsbehörde bereits berichtet.

Meine Entscheidung, im Entwurf der Haushaltssatzung 2016 eine Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B um 50 Punkte vorzusehen und im Haushaltsplan 2016 den entsprechenden Mehrertrag zu veranschlagen, folgt dieser aufsichtsbehördlichen Auflagen. Dazu sehe ich mich rechtlich verpflichtet und der Magistrat ist meiner Einschätzung gefolgt. Folglich wird Ihnen eine entsprechende Hebesatzsatzung zu den Haushaltsberatungen vorliegen und dann ist es an Ihnen, darüber zu entscheiden. Bedenken Sie dabei auch immer die schlussfolgernde weitere Auflage der Kommunalaufsicht, die ich Ihnen zu Beginn der diesjährigen Haushaltsverhandlungen in Erinnerung rufen möchte:

Verzichten Sie auf eine Maßnahme des Haushaltssicherungskonzeptes und stimmen Sie gegen die Vorschläge des Magistrats, dann müssen Sie die dadurch entfallenden Beträge in voller Höhe anderweitig durch mutige Kürzungen oder durch andere Einnahmeverbesserungen ausgleichen. Eine Ersatzvornahme (das hat mir unser Landrat schon Ende Juni gesagt) wird es keinesfalls geben.

Meine Damen und Herren, die gemeinsame Arbeit von Politik und Stadtverwaltung der letzten Jahre zeigt inzwischen Erfolge. So können wir mit dem Nachtrag 2015 und dem Haushalt 2016 finanzielle Verbesserungen im ordentlichen Ergebnis darstellen. 2015 wird das Defizit im Ergebnishaushalt von 11,3 auf 9,0, also um 2,3 Millionen Euro sinken und immerhin um gut 20 Prozent besser sein als ursprünglich angenommen.

Das resultiert im Wesentlichen

- aus einer höheren Konzessionsabgabe der Stadtwerke Langen GmbH,



- aus höherem Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer und
- aus geringeren Aufwendungen für Kreditzinsen.

Die ordentlichen Aufwendungen bleiben im Ergebnis fast unverändert. Der Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit, also aus den zahlungswirksamen Vorgängen im Ergebnishaushalt, wird sich von 8,5 um 1,1 auf 7,4 Millionen Euro verringern. Die Zahlungsmittelsalden aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit bleiben nahezu unverändert. Daher kann es auch weiterhin bei dem Verzicht auf eine Kreditaufnahme für investive Zwecke bleiben. Die Kassenkreditermächtigung von 55 Millionen Euro erscheint bis zum Jahresende auskömmlich.

Warum ist der Nachtrag dann doch so umfangreich, warum ist er ein dickes Buch mit vielen Seiten geworden? Weil wir in fast jedem Produkt strukturelle Änderungen im Hinblick auf die Darstellung der Personalkosten vornehmen mussten. Das resultiert aus der bedarfsorientierten Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleiches, der die statistischen Daten unterlegt werden. Daher müssen wir unsere bisherige Praxis der zentralen Veranschlagung des Personalaufwandes mit anschließender Weiterleitung dieser Beträge in die Budgets durch interne Leistungsverrechnung aufgeben. Das heißt, dass die Personalaufwendungen nun unmittelbar in den Budgets veranschlagt werden müssen, um statistische Verfälschungen und damit Unschärfen in der Bedarfsermittlung für den Finanzausgleich zu vermeiden.

Weitere Erläuterungen zu diesem Thema und zum Nachtrag insgesamt entnehmen Sie bitte dem vorliegenden Planwerk. Dabei lege ich Ihnen ans Herz, dem Vorbericht besondere Aufmerksamkeit zu widmen, weil der Bericht, so meine ich, viele denkbare Fragen beantworten kann.

Meine Damen und Herren, schauen wir nun auf den Haushalt 2016, den wir Ihnen heute als Entwurf vorlegen. Wir weisen darin 6,1 Millionen Euro Defizit im ordentlichen Ergebnis aus. Fast ist man versucht zu sagen: nur noch 6,1 Millionen Euro. Lässt man nur die nackten Zahlen sprechen, dann könnte man tatsächlich behaupten, dass mehr als die Hälfte des Konsolidierungsweges bewältigt ist, nimmt man die 15,3 Millionen Euro Defizit aus dem Ursprungshaushalt 2014 sozusagen als Ausgangspunkt und Messlatte.

Das Bild ist allerdings fragil und mit einigen Fragezeichen zu versehen. Woher also kommt die drastische Verbesserung gegenüber dem Nachtrag 2015? Und wie sicher sind unsere Prognosen. Eigentlich bestimmen zwei Faktoren die Aussichten auf das Haushaltsjahr 2016:

1. Wir erwarten mehr Geld vom Land Hessen. Nach den letzten uns mitgeteilten Auswirkungen zur Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs 2016 wird die Stadt Langen im Saldo aus Schlüsselzuweisung und Umlagen eine tatsächliche Verbesserung um 2,4 Millionen Euro erfahren. Das sind die Zahlen, die wir auch letztes Jahr schon kannten. Neuere Informationen gibt es noch nicht. Wer das Land Hessen und solche Rechenwerke kennt, der weiß, dass unsere Zuversicht so lange mit Risiken behaftet ist, bis wir einen definitiven Bescheid haben und das Geld auf dem Konto unserer Stadtkasse eingetroffen ist. Sollten die Zahlen des Finanzausgleichs schlechter ausfallen, wird das Land weniger als die 2,4 Mio. Euro überweisen, werden das Defizit und unser Haushaltsproblem um genau diesen Betrag wieder größer.
2. Der zweite Faktor in Sachen Konsolidierung ist die schon angesprochene Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B um 50 Punkte, was auf das Jahr gesehen rund 700.000



Euro einbringen kann, unsere Stadtgesellschaft um durchschnittlich 19 Euro pro Einwohner und Jahr mehr belastet. Wird es diese Steueranhebung nicht geben, dann müssen wir weitere Ausgabenkürzungen und Leistungsreduzierungen in Erwägung ziehen oder für sonstige gesicherte Mehreinnahmen sorgen. Denkbare Szenarien dafür haben wir ja schon zu Genüge durchgespielt.

Die ordentlichen Erträge steigen im kommenden Jahr insgesamt von 71,3 um 5,7 auf 77 Millionen Euro. Neben den schon angesprochenen Punkten resultiert dies aus positiven Tendenzen bei der Einkommens- und Umsatzsteuer sowie aus der Gewerbesteuer. Die aktuelle Aufkommensentwicklung Gewerbesteuer lässt erwarten, dass der Ansatz 2015 von 10,7 Millionen Euro erreicht und eventuell sogar leicht übertroffen werden kann. Für 2016 rechnen wir mit einem Aufkommen von 11,5 Millionen Euro und gehen mit unserem Optimismus hier etwas über die Erwartung der regionalisierten Steuerschätzung vom Mai 2015 hinaus. Bei der Schlüsselzuweisung rechnen wir mit einem regulären Mehrertrag gegenüber dem Jahr 2015 von 800.000 Euro und dazu kommen steigende Erträge durch Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs.

Die ordentlichen Aufwendungen steigen im nächsten Jahr von 79,9 um 2,4 auf 82,3 Millionen Euro. Mehr als die Hälfte der Kostensteigerung entfällt auf steigende Personalaufwendungen. Wir rechnen mit einem zusätzlichen Bedarf von 1,3 Millionen Euro, der auf drei Gründe zurückzuführen ist, nämlich:

- im Wesentlichen auf eine angenommene Tarifsteigerung von drei Prozent,
- auf eine von uns angenommene Besetzung aller Stellen in der Kindertagesstätte Zimmerstraße und
- auf den Umstand, dass damit die pauschalen Kürzung des Personaletats von 270.000 Euro für nicht besetzte Stellen in 2016 nicht mehr möglich sein wird.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistung steigen moderat von 14,9 um 600.000 Euro auf 15,5 Millionen Euro, was unter anderem dadurch entsteht, dass wir Mittel für die Straßenunterhaltung wieder etwas aufstocken wollen. Bei unseren Umlageverpflichtungen ist abzusehen, dass die Kreisumlage des Kreises Offenbach im Zuge der KFA-Reform ebenfalls steigen wird.

Der Haushalt 2016 stellt sich im Übrigen in den Positionen des ordentlichen Ergebnisses weitestgehend als Wiederholung der Planungsansätze des Haushalts 2015 dar und zeigt, dass die Verwaltung weiter entschlossen spart und die Konsolidierungsvorgaben erreichen möchte. Soweit es im Einzelfall ein Abweichen von den Saldenbeschränkungen des Haushaltssicherungskonzeptes 2015 gibt, ist dies aus meiner Sicht und der des Magistrats gut begründet, unvermeidbar und durch Mehrerträge bei der Einkommen- und Umsatzsteuer kompensiert. Auf die Erläuterungen von einzelnen Veränderungen gegenüber 2015 und auch dem Ergebnis 2014 im Vorbericht und in den Teilhaushalten weise ich hin.

Im Finanzhaushalt sind Investitionsauszahlungen von 3,9 Millionen Euro vorgesehen, davon entfallen allein zwei Millionen auf die Erweiterung des Feuerwehrgebäudes und 0,5 Millionen auf Fahrzeugbeschaffungen der Feuerwehr. Wir wollen weiter in die Kinderbetreuung investieren und für den Anbau an die Kita Sonnenschein sorgen; 253.000 Euro stehen dafür im Haushaltsplanentwurf 2016. Die Informationstechnik in der Stadtverwaltung muss natürlich



mit der Zeit Schritt halten und dafür sind Beschaffungen in Höhe von 195.000 Euro vorgesehen.

Außerdem wollen wir auch endlich Fortschritte beim Ausbau der flächendeckenden Breitbandversorgung in den Langener Wohn- und Gewerbegebieten erzielen und beteiligen uns daher u.a. an dem kreisweiten Ausschreibungsverfahren des Kreises Offenbach. Die im Haushaltsentwurf 2016 dafür vorgesehenen Mittel in Höhe von 100.000 Euro korrespondieren mit einer Verpflichtungsermächtigung im Nachtrag 2015. Die Breitbandversorgung und unsere digitale Infrastruktur sind entscheidende Zukunftsthemen und wir tun alles in unserer Macht stehende, um hier die richtigen Weichen zu stellen und rasch zu verbesserten Ergebnissen zu kommen.

Wir sind weiter in der Situation, dass wir Grundstücke verkaufen können. Aufgrund der geplanten hohen Einzahlungen aus Grundstücksverkäufen kann somit auch 2016 auf eine Kreditaufnahme zur Investitionsfinanzierung verzichtet werden.

Beim Stellenplan bleiben wir unverändert auf Sparkurs. Die Bearbeitung der voraussichtlich zum 1. Januar wieder zu erhebenden Fehlbelegungsabgabe im sozialen Wohnungsbau werden wir versuchen, ohne zusätzliche Stelle zu bewältigen. Für das Projekt „Jugend stärken im Quartier“ ist eine (durch die Projektlaufzeit befristete) zusätzliche Stelle vorgesehen, die von der Stadtverordnetenversammlung bereits am 9. Juli beschlossen wurde. Ansonsten werden Sie im Stellenplan lediglich einige wenige Anpassungen aufgrund von Stellenneubewertungen und organisatorischen Änderungen finden und entsprechend dem Haushaltssicherungskonzept diverse Stellen mit einem kw-Vermerk versehen.

Apropos Haushaltssicherungskonzept. Sie werden es im vorliegenden Planwerk nicht finden. Zum einen deshalb, weil das beschlossene HaSiKo 2015 den Zeitraum bis 2020 abdeckt und ihm zunächst einmal nichts hinzuzufügen ist. Zum anderen aber auch, weil wir die endgültigen Zahlen zum Kommunalen Finanzausgleich 2016 brauchen, um wirklich erkennen zu können, ob wir das laufende HaSiKo anzupassen haben. Ein so oder so fortgeschriebenes HaSiKo 2016 wird Ihnen rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen im November nachreichen.

Meine Damen und Herren, auch wenn die Beratung des Ihnen heute vorgelegten Haushaltes in die Phase des Kommunalwahlkampfes fällt, in dem man natürlich lieber süße Bonbons als bittere Pillen verteilen möchte: Es ist Ihr Recht und Ihre Pflicht, die Beschlüsse zum Haushaltssicherungskonzept, zum Haushaltsplan und zur Haushaltssatzung zu fassen, und Sie müssen Entscheidungen so treffen, dass die Aufsichtsbehörde die erforderlichen Genehmigungen erteilen kann. Solange wir kein schlüssiges Konzept für einen Haushaltsausgleich bis 2019 vorlegen, wird es keine Haushaltsgenehmigung geben – dieser Hinweis aus Dietzenbach und Wiesbaden ist mehr als deutlich. Das Wohl unserer Stadt ist von einem genehmigten Haushalt abhängig ebenso wie die Fortsetzung der sehr erfolgreich eingeleiteten positiven Stadtentwicklung der letzten Jahre. Was es vor allem für unsere Vereine und sonstigen Zuschussempfänger bedeutet, wenn während des Wartens auf die Haushaltsgenehmigung kein Geld fließen darf, haben wir in diesen Jahr gesehen, als uns der Bescheid des Landrats erst Anfang Mai zugeing.

Abschließend noch der Hinweis: Auch in diesem Jahr haben wir auf den Internetseiten der Stadt Langen Möglichkeiten geschaffen, auf den Haushaltsplan 2016 zuzugreifen: zum einen auf die vollständige Fassung, also die Abbildung des Papierexemplars als PDF-Datei, zum anderen auf die reinen Finanzpositionen des Ergebnishaushaltes und des Finanzhaus-



haltes als Excel-Tabellen. Generelle Aussagen über die Struktur und den Inhalt eines kommunalen Haushaltsplanes finden Sie dort ebenso.

Es liegt nun in Ihrer Verantwortung, den Haushalt termingerecht zu beschließen und genehmigungsfähig auszugestalten. Ich wünsche uns konstruktive und faire Debatten, gute Ideen und eben mutige Entscheidungen zum Wohle unserer Stadt. Ich wünsche Ihnen erfolgreiche Beratungen, getragen von dem ehrlichen Streben nach Kompromiss und Einigung und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.